

# Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigeblatt



Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.  
Abonnementspreis: Monatlich 2,25 Mark, halbjährlich 12,00 Mark, jährlich 22,50 Mark.  
In Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger außergewöhnlicher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Postverbindungen od. d. Besondere Umstände) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Abonnementspreis: Die Abonnementpreise sind über deren Kosten mit 25 % auf der ersten Seite mit 100 % zu berechnen.  
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormitags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingegeben.  
Jeder Anspruch auf Nachdruck erlischt, wenn der Empfänger-Beleg durch Nichtempfangen verbleibt oder wenn der Auftraggeber in Nachdruck nicht zustimmt.

Verantwortlich: Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Kühle, Gumb. Okt. 1921.

Nummer 69

Freitag, den 17. Juni 1921

20. Jahrgang

## Oberschlesiens Bolschewisierung

Die obereschlesische Frage ist längst kein deutsch-polnisches Problem mehr. Es geht heute um die Bolschewisierung des Landes und um die Weiterverbreitung des Bolschewismus nach Zentral-Europa. Die Kommunisten Polens und Oberschlesiens machen in gemeinsamer Arbeit die denkbar größten Anstrengungen, um die Moskauer Sowjetherrschaft in Oberschlesien zum Durchbruch zu verhelfen. Besonders hervorzuheben ist neuerdings das innige Zusammenarbeiten, das zwischen den Kommunisten im polnischen Dombrowaer Kohlenfeld und den obereschlesischen Kommunisten, deren Hauptzentren in Gleiwitz, dem Sige der obereschles. „Rote Fahne“, in Bismarckhütte, Königshütte und Chorzow liegen, besteht. Kein Blatt ist so ausgezeichnet informiert über alle Vorgänge in Polen wie gerade die Gleiwitzer „Rote Fahne“. Kein Blatt Oberschlesiens erfährt sich auch gleicher Duldung durch die französische Zensur, wie gerade die „Rote Fahne“. Obwohl die Franzosen im allgemeinen einen heillosen Neid vor dem Bolschewismus haben, hier üben sie Rücksicht und sie lassen ausgeben, daß die Arbeit der Kommunisten ihrem Schützling Korjanty zugute kommt. Während die polnischen Blätter in Kattowitz, Biala und Gleiwitz nach wie vor wegen der harmlosen Bemerkung verboten werden und ihre Spalten oft mehr weiße Flecken zeigen wie bewachten Raum, vermag die „Rote Fahne“ jetzt die unerschütterlichen Angriffe gegen Bourgeoisie, Dreiecksgeneral, die „verachteten Kapitalisten“ usw. zu veröffentlichen. So bilden die gesammelten Exemplare der „Roten Fahne“ aus den letzten 14 Tagen bei einem Vergleich mit den polnischen Zeitungen geradezu eine kostliche Fundgrube für den blinden deutschfeindlichen Fanatismus der Franzosen, die alles ausgeben, was das Deutschland schädigen könnte und alles unterdrücken was Korjanty zu fördern geeignet ist.

Die Zukunft wird zeigen, wer der Geschobene ist; Korjanty oder die Kommunisten. Der Polensführer möchte die Kommunisten vor seinen Wagen spannen, die Kommunisten wider hoffen mit Hilfe der zusammenbrechenden polnischen Bewegung sich in den Sowjetfessel setzen zu können. Nicht minder eifrig ist auch der Kampf der polnischen Kommunisten, deren Hauptitz im Dombrowaer Kohlenfeld liegt. Die polnische B. P. S. hat sich gespalten. Mit Wut gegen Kapitalismus und Bourgeoisie hat die neue Partei der Polen in den letzten Tagen den Kampf begonnen. Sie macht kein Hehl daraus, daß ihr Ziel auf den großen Sowjetstaat gerichtet ist. Am letzten Sonntag kam es dann im ganzen polnischen Industriegebiet zu gewaltigen Demonstrationen der kommunistischen Bergarbeiter. Nicht nur die polnische Regierung soll gestürzt werden, auch die deutsche Kaiser-Regierung soll zum Teufel gejagt werden. Alle Arbeiter bei diesen Demonstrationen trugen aus in stürmisch ausgelegte Hochrufe auf Sowjet-Polen und Sowjet-Deutschland.

## Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, den 16. Juni 1921.

Warum nahm Sachsen nicht an der Konferenz der Reichsstaatslichen Finanzminister teil? In weiten Kreisen der Bevölkerung hat es Aufsehen erregt, daß zu der Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister die in voriger Woche zur Beratung über die Auswirkung des Ultimatums auf die Reichsstaatslichen Finanzen getagt hat anscheinend der sächsische Finanzminister nicht mit zugezogen worden ist. In früheren Zeiten nahm die sächsische Finanzverwaltung im Bundesrat eine hervorragende Stellung ein. Sollte das jetzt anders geworden sein. Der Staat Sachsen neigt doch nach seiner Bevölkerungsstärke und nach seiner Industrie an Bedeutung hinter anderen Staaten wie Württemberg, Hessen usw., deren Finanzminister an der Konferenz teilnehmen, keineswegs zurück, und die Interessen Sachsens bedürfen besonders in dieser Zeit — wir erinnern nur an die große Arbeitslosigkeit — besonders energischer Vertretung.

Dem sächsischen Landtage ist eine Vorlage der Regierung zugegangen, in der diese um Ermächtigung zur Gründung des Staatsanteils des Stammkapitals der Landesbankgesellschaft „Sächsisches B. in“ ersucht. Die Gesellschaft wurde 1917 mit 6 Millionen Mark Stammkapital gegründet, von denen der Staat 2 Millionen übernommen hat. Infolge der Geldentwertung muß eine Erhöhung des Stammkapitals um 3 Millionen vorgenommen werden, in der von den Gesellschaftern 105 000 Mark aufgebracht werden sind. Die Regierung ersucht den Landtag, den Rest-

betrag von 2895 000 Mark auf den Staat zu übernehmen.

Die neuen Kosten für die Mieter. Am 14. Juni verhandelt der Reichstag über das Mietenergesetz, das dem Staat 5, den Gemeinden 5—10 v. H. des Nutzungswertes der Häuser von 1914 einbringen soll. Die Steuer soll die Mieter abgewälzt werden. Vorbereitet wird sodann das Reichsmietengesetz, das das Verhältnis zwischen Mieter und Vermieter billig regeln soll. Es wird zweifellos zu einer Mieterhöhung führen die weitaus mehr als 5 oder 10 v. H. der Miete von 1914 ausmacht. Dann wird das neue Grundstuergegesetz bearbeitet. Wenn es namhafte Summen bringen und den Zuwachswert der Häuser in Papiermark dem Reich nutzbar machen soll, so bringt es eine weitere lästige Steigerung der Mieten. Es wäre dringend erwünscht wenn die drei Gesetze zusammen bearbeitet würden, damit sie aufeinander abgestimmt werden. Die Mieter brauchen auch Ruhe in ihrem Verhältnis zum Vermieter. Sie können dies Verhältnis, das ihren Haushalt oder ihren Geschäftsbetrieb oder beides wesentlich beeinflusst, nicht alle paar Monate umstellen. Es muß die einheitliche Regelung und gleichzeitige Kraftsetzung der drei neuen Auflagen gefordert werden.

Beschmelzung sämtlicher sächsischer Gastwirtsverbände. Der vom 10. bis 17. Juli in Annaberg stattfindende 35. Verbandstag des Sächsischen Gastwirtsverbandes wird sich mit der Frage der Beschmelzung sämtlicher sächsischer Gastwirtsverbände und Fachzeitungen zu einem Einheitsverbande beschäftigen. In Frage kommen der Sächsische Gastwirts-, der Saalhäuser-, Hotelbesitzer-, Rasteehausbefitzer- und Bahnhofswirts-Verband.

Rückfische. Hier war ein frecher junger Mann aufgetreten, der Damen die Handtaschen entzieht und mit seiner Beute flüchtet. Die telefonisch in Kenntnis gesetzte Dresden Polizei ermittelte ihn und nahm ihn fest. In ihm wurde ein 16 Jahre alter Wirtschaftsgeselle aus Baugen festgestellt.

Dresden. Der sächsische Lehrerverein hat in seiner letzten Sitzung vom 12. Juni sich mit der Frage beschäftigt, welchem Ministerium die Berufsschulen (Fach- und Fortbildungsschulen) unterstellt werden sollen. Der sächsische Lehrerverein hat dabei den Standpunkt eingenommen, daß nur eine Unterstellung unter das Kultusministerium in Frage kommt. In Wirtschaftskreisen wünscht man bekanntlich eine Unterstellung der Fachschulen unter das Wirtschaftsministerium. Die Regierung wird auf Grund einer Anfrage der Deutschen Volkspartei in den nächsten Tagen dem Landtag Auskunft darüber geben müssen.

Edle Krone. Mehrere Einbrecher versuchten in der Nacht das dem Bäcker Binte gehörige Auto zu stehlen. Aufschreien wußten sie aber nicht so recht mit dem Auto umzugehen. Um kein Aufsehen zu erregen, mußten sie es schließlich einige hundert Meter von der Garage entfernt stehen lassen. So konnte das Auto seinem rechtmäßigen Besitzer wieder zugeführt werden.

Birna. Durch einen Arealaustausch ist die Stadtgemeinde jetzt in den Besitz der alten Dominikanerkirche gelangt die nunmehr aus ihrem unwürdigen Zustande — sie wird jetzt als Bollschuppen verwendet — errettet werden soll. Ein Teil des früheren Dominikanerklosters ist bereits zu Museumszwecken eingerichtet.

Russland. Zwei umfangreiche Diebstähle wurden hier aufgedeckt. In einem Konfektionsgeschäft, dessen Inhaber zugleich eine Wäschmangel zur allgemeinen Benutzung des Publikums besitzt, stahl eine Frau im Laufe des letzten halben Jahres für insgesamt über 7000 Mark Kleiderstoffe, Bettbezüge und ähnliches. Bei der Benutzung der Wäschmangel hat sie stets die Gelegenheit zur Ausführung der Diebstähle wahrgenommen. Erst jetzt kam man der Diebin durch einen Zufall auf die Spur, als sie eben wieder ein Stück Inlett und zwei Bettbezüge an sich genommen hatte. Eine Hausdurchsuchung förderte ein ganzes Diebeslager zutage. Bei dem anderen Diebstahl stahl ein in einem Konfektionsgeschäft tätiges Dienstmädchen nach und nach insgesamt für 5203 Mark Ware. Die Diebin, welche demnach zu heiraten gedenkt, hatte sich auf diese Weise einen Teil ihrer Ausstattung zu verschaffen gesucht. Die Sachen hatte sie in der Wohnung ihrer in Polen wohnhaften Eltern untergebracht, wo sie von der Polizei beschlagnahmt wurden.

Baugen. Das Organ der Nationalwunden Barthischer Richtung die hier erscheinende „Serbische Nowiny“, hat sich in der letzten Zeit wiederholt in auffälligen und gefährlichen

Artikeln gefallen, die beweisen, welche Empfindungen und Machtgelder die deutsche Not in den Reihen der Führer der wendischen Nationalbewegung ausgelöst haben. Nachdem sich in einigen vorhergegangenen Nummern die „Serbische Nowiny“, um den Beweis bemüht hatte, daß Böhmen ein geschichtlich begründeten Anspruch auf die Oberlausitz zueht, wird in zwei Artikeln dieses hier erscheinenden Blattes, und zwar in den Nummern vom 8. und 9. Juni, der deutsche Charakter Oberschlesiens zu verneinen und die Berechtigung des polnischen Anspruches sogar über das Gebiet Oberschlesiens hinaus zu beweisen versucht.

Jittau. Für die Freiheit der hiesigen Bergwälder hat sich das Stadtverordnetenkollegium in seiner Sitzung einstimmig erklärt und einen Antrag angenommen, den Rat zu ersuchen die Bestimmungen über Gebührenerhebung für Beeren- und Pilzsammler sofort wieder aufzuheben. Auch sprach man sich gegen die wieder verfügte Sperre der Wälder zur Nachtzeit besonders im Interesse des starken Touristenverkehrs aus.

Döbeln. Anfang 1918 waren bei der Amtshauptmannschaft fortgesetzt Klagen über die Mähe der vom Rittergut Stodhausen gelieferten Milch eingelaufen. Von sachverständiger Seite angestellte Kontrollen ergaben einen starken Wasserzusatz der Milch, für den der Oberschlesische Milch-, der das Milchgeschäft auf dem Rittergute völlig selbständig leitete, verantwortlich zu machen war. Da trotz wiederholter Ermahnungen die Verwässerung der Milch nicht aufhörte, wurde die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Infolge der Anwesenheit wurde aber das Strafverfahren wieder eingestellt. Anfang 1920 häuften sich wieder die gleichen Klagen. Durch mehrmonatige, unauffällige Untersuchungen der vom Rittergut Stodhausen stammenden Milch wurde ein regelmäßiger Wasserzusatz von 20 Prozent festgestellt. W wurde wegen Nahrungsmitteltäuschung zu 3 Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Nach den gerichtlichen Feststellungen hat der Angeklagte während der ganzen Dauer des Jahres 1920 in seiner Wohnung einen nebelnen Handel mit Milchzeugnissen betrieben, die im Schleichhandelswege gegen entsprechend hohe Preise abgesetzt wurden. Die hierdurch erzielten Einnahmen flossen in seine Tasche. W besaß noch einen eigenen Separator und eine eigene Buttermaschine. Da keinerlei Kontrolle stattfand, war es ihm ein Leichtes, sich die erforderlichen Milchmengen zu beschaffen. Das Gericht stellte fest, daß der Angeklagte durch seine Handlungsweise die Gesundheit der Kinder und Kranken in bedenklicher Weise gefährdet, daß er einen hohen Grad von Freizügigkeit, Hartnäckigkeit und Unverbesserlichkeit an den Tag gelegt, und daß er aus Habgier gehandelt habe.

Döbeln. Das Pfund Butter kostete auf dem Wochenmarkt am Sonnabend 20 bis 21 M. Stellenweise ist auch in unserer Amtshauptmannschaft das Stück für 8 M. zu haben.

Leipzig. Wie die hiesige Volkszeitung mitteilt, haben am Montag und Dienstag durch die hiesige Polizei in den Räumen der Deutschen Offiziersbundes, der Deutschen Nationalen Volkspartei und des Verbandes heimattreuer Oberschlesier Hausdurchsuchungen wegen des Verdachts verbotener Anwerbungen nach Oberschlesien stattgefunden. Der Grund zu diesen Hausdurchsuchungen war durch die Aussagen von zwei in Dresden abgefangenen Angeworbenen gegeben, wonach gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai verstoßen sein soll, die die militärischen Organisationen in Oberschlesien und die Anwerbung dazu verbietet.

Mittweida. Hier ist ein Bierkrieg entbrannt. Der Preis für dreizehntel Friedensbier wurde von den Gastwirten auf 2 Mark festgesetzt, außerdem soll ein Bedienungsgeld erhoben werden. Das Gewerkschaftsamt fordert nun alle Biertrinker auf, nur 1,50 Mark zu zahlen.

Pleissa. Der 17-jährige Robfahrer Hans Lürpe aus Limbach stieß hier mit einem Automobil zusammen, wobei er tödliche Verletzungen davontrug.

Meerane. Der in der Krüppchen Wagenfabrik beschäftigte 20-jährige Georg Siegel wurde infolge Explosion eines Spiritusfassens tödlich verletzt.

Berdau. Unter Mitnahme eines Geldbetrages von 2300 Mark, sowie Schecks in Höhe von 23 000 Mark die ihm zur Begleichung von Rechnungen übergeben waren, ist der 16 Jahre alte Lehrling einer hiesigen Spinnereifirma flüchtig geworden.

